

Wittgensteiner Zeitung

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark. Strohporto: Kreis-Sparkasse Kaasphe Nr. 89. Harburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Kaasphe.

Mit der wöchentlichen Beilage „Illustriertes Unterhaltungsblatt“
Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Kaasphe.
Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger e. V.

Anzeigen: 1 mm hoch, 27 mm breit 10 Pfg.
Familien- und kleine Anzeigen . . . 6 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
-: Druckschloß Nr. 404 49 Amt KStn -:

Nummer 271

Vertriebspreis Nr. 1

Kaasphe, Freitag den 20. November 1931

56. Jahrgang

Der Krieg im Osten

Der Schlachtbericht vom Kriegsschauplatz. — Russische Kriegshilfe?

London, 19. November.

Ueber die Niederlage der chinesischen Truppen in der Mandschurei berichtet der Sonderkorrespondent der „Daily Mail“ in Chharbin:

Die Japaner griffen um 5 Uhr früh mit 5000 Mann aller Waffengattungen — Infanterie, Kavallerie, Tanks, schweren Bombenflugzeugen und Panzerzügen — an und durchbrachen die Front der Chinesen, die auf dem Rückzuge hartnäckigen Widerstand leisteten. Ein Gegenangriff vor Uganfchl verzögerte das japanische Vordringen. Der Konflikt ist jetzt zugeworfen; Chinesen wie Japaner leiden schwer unter der bitteren Kälte. Die Japaner standen einer fünffachen Uebermacht gegenüber, waren aber in der Feldartillerie und der Luftwaffe dem Gegner überlegen, während die Chinesen über den Vorteil starker Kavalleriemassen verfügten.

Die Verluste bei den Kämpfen.

Tokio, 19. November.

In den letzten Gefechten zwischen Chinesen und Japanern sollen sich die Verluste der Japaner auf 300 Tote und Verwundete belaufen, die der Chinesen auf fast 4000. Matschangschens beste Truppen sollen der Vernichtung entgangen sein, weil sie sofort den Rückzug antraten, als sie merkten, daß die Lage kritisch wurde. In der Nordmandschurei soll jetzt Ruhe herrschen. Dem Generalstab der Heilung-Kiang-Armee sollen fünf sowjetrussische Offiziere zugeteilt gewesen sein.

Japan und Rußland.

In ihrer Antwort auf die Note der Sowjetregierung erklärt die japanische Regierung, die Gerüchte, wonach die Sowjetunion China unterdrücke, seien nicht von Japan ausgegangen, sondern vermutlich von den Behörden von Heilung-Kiang ausgebreitet worden, um ihre Truppen zu ermutigen. Die Sowjetunion müsse sich also bei den Chinesen beklagen, wenn Moskau wirklich eine Politik strikter Neutralität einhalte. Japan hoffe, daß die Sowjetunion eine ebenso peinliche neutrale Haltung einnehmen werde, wie sie Japan während des chinesisch-russischen Konflikts eingenommen habe. Es wache darüber, daß den russischen Interessen kein Abbruch getan werde, und schlage vor, daß Rußland eine freundschaftliche Erklärung abgebe, wonach es den Chinesen keine Waffen und Munition liefere.

Die japanische Regierung ersuchte außerdem den Sowjetbotschafter in Tokio, Litwinoff, in freundschaftlicher Weise auf die Gefahr ernsthafter Entwicklungen aufmerksam zu machen, die entstehen könnten, wenn die Sowjetunion Truppen nach der nördlichen Mandschurei schicken würde und gleichzeitig Litwinoff zu versichern, daß die ostchinesische Bahn nicht im geringsten beschädigt worden sei.

Weitere Verschlechterung der Beziehungen.

Moskau, 20. Nov. Die letzte japanische Note an die Sowjetunion hat in Moskau großes Aufsehen erregt. Moskau beschwert sich besonders auch darüber, daß die japanische Regierung die Note veröffentlicht hat, ehe sie der Sowjetregierung überreicht wurde.

Die russische Regierung wird noch im Laufe dieser Woche eine scharfe Antwortnote überreichen. Eine weitere Verschlechterung der japanisch-russischen Beziehungen erscheint unvermeidlich.

Keine Einigung vor dem Völkerbund.

Paris, 19. November.

Es ist nicht leicht, aus den zahlreichen Gerüchten über die Verhandlung des Völkerbundes ein einigermaßen klares Bild über die gegenwärtige Lage zu gewinnen.

Das Exposé des Japaners Yoshizawa, das in der Beantwortung von an ihn gestellten präzisen Fragen bestand und in dem das Wort „Fiskal“ überhaupt nicht gefallen soll, scheint auch den Ratsmitgliedern keine reiblose Aufklärung über die wahren Absichten der Japaner gebracht zu haben. Die Darlegungen des chinesischen Delegierten Dr. Sze sollen mit den Worten geendet haben: Was gebietet der Völkerbundsrat zu tun, um die Heiligkeit der Völkerbundssatzung zu wahren? Dr. Sze hat im Verlaufe seiner Rede auch einen ziemlich heftigen Angriff gegen den Ratspräsidenten Briand gerichtet, der diesen verstimmt und zu einer scharfen Zurückweisung veranlaßt haben soll.

Eine Bemerkung, die Dr. Sze während seines Exposés machte, glaubt man so auslegen zu sollen, daß der chinesische Delegierte in den nächsten Tagen die Artikel 12, 13 und 15 und vielleicht auch 16 des Völkerbundspaktes anzufassen beabsichtigt. — Alles in allem hat man den Eindruck, daß ein Fortschritt nicht zu verzeichnen ist. Die Nachricht von der Besetzung Tientsins durch die Japaner hat in hiesigen chinesischen Kreisen starke Depression ausgelöst.

Keine neuen Forderungen Japans.

In amtlichen japanischen Kreisen wird die Meldung, Yoshizawa habe in Paris neue Forderungen Japans zur Kenntnis gebracht, kategorisch dementiert.

Die Einigung ist da

Der Sonderauschuß wird einberufen. — Das deutsche Schreiben an die B33. ist unterwegs.

Paris, 19. November.

Botschafter von Hoelsch stufte am Donnerstag Mittag dem französischen Ministerpräsidenten Laval einen Besuch ab. Dabei wurden die gegenwärtigen Besprechungen über die Vorbereitung der Einberufung des im Young-Plan vorgesehenen Sachverständigenausschusses zur Nachprüfung der Leistungsfähigkeit Deutschlands zum Abschluß gebracht. Der amtliche deutsche Schrift wegen der Einberufung des beratenden Sonderauschusses ist bereits vollzogen. — Die Veröffentlichung des Textes des deutschen Schreibens an die B33. und an die beteiligten Regierungen erfolgt in Berlin.

Die überwundenen Schwierigkeiten.

„Echo de Paris“ glaubt zu wissen, welches die Schwierigkeiten waren, die bei der deutschen und der französischen Regierung wegen Einberufung des beratenden Sonderauschusses bestanden. Die Ausführungen dieses Blattes müssen jedoch mit einigem Vorbehalt aufgenommen werden.

Trotz der langen Verhandlungen sei das Einberufungsschreiben, so erklärt „Echo de Paris“ für Frankreich nicht befriedigend. Es enthalte eine Stelle, an der die deutsche Regierung erkläre, daß der beratende Sonderauschuß nicht nur die Zahlungsfähigkeit Deutschlands hinsichtlich der Reparationen zu untersuchen haben werde, sondern sich gleichzeitig mit der Rückzahlung der kurzfristigen Krediten würde beschäftigen müssen.

Ministerpräsident Laval habe sich anscheinend dahin entschlossen, nicht etwa dieses Schreiben zu billigen, aber es passieren zu lassen. Er bleibe bei seiner These, daß die Rückzahlung der privaten Kredite nicht Angelegenheit der Regierungen sei, sondern nur von einer Sonderkommission behandelt werden dürfe, doch vertrete er den Standpunkt, daß das deutsche Einberufungsschreiben ihm nicht entgegengehalten werden könne, ohne daß der beratende Sonderauschuß sich nicht Befugnisse anmaßen dürfe, die der Young-Plan ihm verweigere, sei es, um an den ungeschützten Annuitäten zu rühren, sei es, um sich mit dem Transfer der kommerziellen Schulden zu befassen.

Amerikanische Mitarbeit sichergestellt.

London, 19. November.

Eine im „Evening Standard“ veröffentlichte New Yorker Meldung besagt, Informationen aus amerikanischen Bankkreisen zufolge, sei die Mitarbeit Amerikas bei der Prüfung der deutschen Zahlungsfähigkeit auf Grund des Young-Planes nunmehr sichergestellt. Man erwarte, daß die Federal Reservebank von New York zwei amerikanische Mitglieder dem beratenden Ausschuß der B33. namhaft machen werde, die vor ihrer Abreise aus den Vereinigten Staaten voraussichtlich mit Präsident Hoover konferieren werde.

Keine neuen deutschen Sachlieferungen.

Die Meldung eines Berliner Vormittagsblattes, Frankreich plane neue Reparationsaufträge in Höhe von 81 Millionen an Deutschland zu vergeben, ist, wie an zuständiger Stelle festgestellt wird, unzutreffend. Derartige neue Sachlieferungen kommen schon deshalb nicht in Frage, weil keine Finanzierungsmöglichkeiten bestehen. Bei den erwähnten 81 Millionen handelt es sich um ein Guthaben, das Frankreich bei Beginn des Hoover-Jahres bei der B33. gehabt hat. Ein Teil dieses Guthabens, der jetzt freigegeben ist, da alte Verträge nicht zur Ausführung gelangten, wird bestimmungsgemäß zur Erledigung laufender Aufträge verwandt. Neue Aufträge sind nicht erteilt worden.

Neue Zölle auch in Frankreich?

Laval kündigt eine Wirtschaftsreform an.

Paris, 19. November.

Auf einem Bankett der Vereinigung für wirtschaftliche Interessen hielt Ministerpräsident Laval eine Rede, in der er betonte, daß die Schwierigkeiten Frankreichs nur eine Auswirkung der allgemeinen Krise seien und wies auf die Pläne der Wirtschaftsreform in Frankreich und zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit hin; Laval erklärte, die Regierung habe sich die Aufgabe gestellt, unverzüglich ein Programm von Arbeiten öffentlichen Interesses im Werte von fünf Milliarden Mark ausführen zu lassen.

Es sei unerlässlich, den französischen Exporthandel zu verteidigen. Ein Land wie Frankreich, das gegeben werde, anderen Nationen zu Hilfe zu kommen, obwohl es selbst bei der Stützung seiner Währung oder seines Kredits niemals eine solche Unterstützung von den anderen Völkern erhielt, habe in einer Epoche, in der niemand daran denke, die Zollschranken herabzusetzen, bei aller Verhandlungsbereitschaft zuerst die Pflicht, den innerfranzösischen Markt zu schützen.

Tagung der Reichstags-Ausschüsse.

Behandlung der Anträge. — Lange Beratungen zu erwarten.

Berlin, 19. November.

Am Donnerstag mittag trat der Haushaltsauschuß des Reichstags zu einer Sitzung zusammen, die als erste Beratung einer längeren Sitzungsperiode anzusehen ist. Die letztere stellt damit gewissermaßen einen Ersatz der Beratungen des Reichstagsplenums dar, die in normalen Zeiten im allgemeinen im November und Dezember stattfinden. Bei den Beratungen des Ausschusses ist dann als Besonderheit festzustellen, daß die Sitzung unter Anwesenheit der Deutschnationalen eröffnet wurde, was darauf zurückzuführen ist, daß etwa beabsichtigte neue Pensionsskizzen von vornherein bekämpft werden können. Dagegen waren die Nationalsozialisten nicht vertreten, so daß der Ausschluß beschloß, in der nächsten Woche einen neuen stellvertretenden Vorsitzenden zu wählen, da der nationalsozialistische Abgeordnete Reinhardt nicht zur Verfügung stehe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies dann Abg. Reil (Soz.) daraufhin, daß die Tagesordnung zwar sämtliche Anträge enthalte, die dem Ausschuß überwiesen sind, keineswegs aber jene Fragen, die sich aus den Zeitverhältnissen ergeben. Hierzu gehöre namentlich die

Fürsorge für die Erwerbslosen.

Im Zusammenhang hiermit begründete der Redner eine Entschädigung, in welcher auf den Reichstagsbeschluß über eine zusätzliche Winterhilfe für die Erwerbslosen durch Lieferung von Kartoffeln und Kohlen hingewiesen und beantragt wird, diese Frage in der nächsten Woche im Ausschuß zu behandeln. Ueber diesen Antrag entspann sich dann eine lebhafte Erörterung, in welcher es als notwendig bezeichnet wurde, daß dem Ausschuß von der Regierung eine allgemeine Darlegung der Finanzlage des Reiches gegeben werde, worauf Finanzminister Dr. Dietrich entgegnete, daß er vor einer finanzpolitischen Darlegung erst die Stellungnahme des Reichstagsabstimmens einholen müsse. Hierauf wurde mit 14 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten gegen 12 Stimmen der übrigen Parteien der Antrag Reil vom Ausschuß angenommen und gleichzeitig einem Antrag Gremer (DVP.) zugestimmt, wonach der Vorsitzende mit der Reichsregierung einen Zeitpunkt für die Erörterung der finanzpolitischen Lage vereinbaren soll.

Sodann wurden zahlreiche kleinere Vorlagen dem zuständigen Unterausschuß überwiesen, worauf Abg. Stüdemann (Soz.) für den ständigen Unterausschuß über das

Gutachten des Reichsparkommissars über das auswärtige Amt

berichtete. Hierbei sollte Abg. Dr. Schreiber (Z.) der Denkschrift des Reichsparkommissars uneingeschränktes Lob und trat sodann für eine noch innigere Verschmelzung des konsularischen und diplomatischen Dienstes ein. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß es vor dem Kriege keine wesentlichen Ausgabenposten für die Wahlkonsuln gegeben habe, was damit zusammenhänge, daß damals die Wahlkonsuln durch Ordensehrung hätten befriedigt werden können. Es sei nämlich nicht zu bestreiten, daß die

Ordensschmerzen der Wahlkonsuln

bedeutender Art seien, daß sie aber für ihre manchmal sehr anstrengende Tätigkeit bestenfalls ein schönes Handschreiben oder ein kleines Geschenk zu erwarten hätten. Dabei sei es einmal unter Minister Stresemann passiert, daß der Wahlkonsul allerdings eines exotischen Staates zum Dank für seine Tätigkeit ein Tintenfaß aus der preussischen Porzellanmanufaktur erhalten habe. Bei dem nächsten größeren Staatsfeste sei aber dann der so Geehrte mit einer großen goldenen Halskette erschienen, an der das vom Deutschen Reich geschenkte Tintenfaß gebaumelt und so als Ersatz für einen Orden gedient habe. Diese Tatsache müsse man realpolitisch überdenken, wenn man über die Abschaffung der Orden urteilen wolle.

Nach den Ausführungen des Abg. Schreiber wurde dann der Unterausschußbericht genehmigt, worauf sich der Ausschuß auf Freitag vertagte.

Wiedereröffnung der Nationalsozialisten?

Auch zu der Sitzung des Wohnungsausschusses des Reichstages, die am Donnerstag stattfand, waren die Deutschnationalen erschienen. Zu Beginn der Sitzung kam es zu einer interessanten politischen Auseinandersetzung. Die Sozialdemokraten verlangten, daß der Ausschuß, mit Rücksicht auf das Fernbleiben des nationalsozialistischen Vorsitzenden einen neuen Vorsitzenden wähle.

Die Vertreter der Volkspartei und der Christlich-Sozialen traten für eine Verschiebung der Wahl ein, da es möglich sei, daß die Ausgezogenen eines Tages wieder erscheinen. Ein gewisses Zuspruchkommen des Prinzips sei doch in dem Erscheinen der Deutschnationalen zu erkennen. Der Ausschuß entschied sich dahin, die Entscheidung über die Neuwahl des Vorsitzenden bis Freitag zu vertagen.

Es standen dann die Anträge der Sozialdemokraten

und des Christlich-Sozialen Volksdienstes über ein Wohnheimkittungsgebot zur Beratung. Vom Zentrum wurde auf den Wunsch der Regierung hingewiesen, aus verschiedenen Gründen diese Frage zurzeit nicht zu beraten. Der Antrag auf Vertagung der Beratung wurde vom Ausschuss abgelehnt und dann in die sofortige Beratung eingeleitet.

Automobil und Eisenbahn.

Der Verkehrsausschuss des Reichstages behandelte am Donnerstag nachmittag die Durchführungsbestimmungen zu dem Abschnitt der Oktober-Notverordnung, der den Übergangsverkehr mit Kraftfahrzeugen zum Inhalt hat. Reichsverkehrsminister Treviranus teilte mit, daß er gerade eine Verordnung zur Abänderung der Durchführungsbestimmungen unterschrieben habe, die den genannten Anträgen insoweit entgegen kommen, als die 50 km-Zone des Nahverkehrs in Zukunft nicht mehr nach Eisenbahntarif, sondern nach Landstraßenkilometern zu berechnen sei.

Innerhalb dieser Zone sei der Kraftwagen in seiner Betätigung vollkommen frei; unberechtigt sei deshalb der Vorwurf, daß durch die Neuordnung der Kraftverkehr erschwert werden solle. An eine solche Tendenz denke niemand. Die schleichende Krise der Automobilwirtschaft werde vielleicht durch die Neuordnung des Ueberlandverkehrs mit Kraftwagen in einer akuten Krise werden. Eine Reinigung dieser Verhältnisse sei aber auch im Interesse einer gesunden Verkehrspolitik erforderlich. Ein gesunder Wettbewerb zwischen Kraftwagen und Eisenbahn, wie auch zwischen Wasserstraße und Eisenbahn solle bestehen bleiben.

Die kommunale Sparaktion.

325 Millionen wurden eingespart. — Neuer Lastenausgleich notwendig.

Darmstadt, 19. November

Gelegentlich der hier abgehaltenen Vorstandssitzung des Hessischen Städtetages empfing der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Müller, die hessische Presse, um sie über die kommunalen Einsparungsaktionen zu informieren.

Das Gesamtergebnis der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände, sollte durch eigene Maßnahmen der Gemeinden von 800 Millionen Mark im laufenden Rechnungsjahr um etwa 325 Millionen Mark verringert werden. Mit Ausnahme von 25 Millionen Mark, die infolge der fehlenden Reichsermächtigung für die gehobene Fürsorge nicht erspart werden konnten, dürfte dieses Ziel erreicht werden.

Allerdings war es dazu nötig, sämtliche Gebiete kommunaler Tätigkeit, Schulwesen, Bauwirtschaft, alle Gebiete des kulturellen Lebens, des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens usw. aufs äußerste zu beschneiden. Es werde notwendig sein, neuerlich mit der Reichsregierung und den Regierungen der Länder zu verhandeln, um ein solidarisches Vorgehen aller öffentlichen Körperschaften sicherzustellen, da die Reichshilfe von 175 Millionen Mark aus der dritten Notverordnung vom 6. Oktober zum großen Teil durch neue Verschiebungen des Lastenausgleiches verloren gegangen ist. Die Sanierung der Finanzen eines Teiles der öffentlichen Körperschaften lasse sich nicht durch Belastung eines anderen Teiles erreichen.

Keine Verhandlungen der NSDAP.

Berlin, 19. November.

Hauptmann Göring als politischer Beauftragter der NSDAP. in Berlin bezeichnete alle Meldungen von Verhandlungen zwischen der NSDAP. und Zentrum über eine Regierungsbildung in Heßen und über Besprechungen über eine eventuelle Umbildung der Reichsregierung als falsch. Es werden weder Verhandlungen geführt, noch besteht irgendeine Fühlungnahme der NSDAP. mit dem Zentrum oder mit der Reichsregierung.

Politische Tageschau.

Dem Reichsverkehrsminister liegt ein Entwurf für den Haftpflichtversicherungszwang vor, der auch Motorradfahrer einbeziehen soll.

In unterrichteten Kreisen wird mit aller Entschiedenheit betont, daß es völlig abwegig sei, zu unterstellen, Deutschlands Haltung einer vollkommenen Zurückhaltung und Neutralität zu den Ereignissen in der Mandschurei solle geändert werden.

Keine neue Notverordnung über Gehaltskürzungen.

In der Presse sind in Zusammenhang mit Berichten über Ausführungen des württembergischen Finanzministers Behauptungen aufgetaucht, die Reichsregierung beabsichtige noch in diesem Jahre eine neue Notverordnung, die eine 10-prozentige Gehaltskürzung für die Beamten vorsehe. Von unterrichteter Seite wird hierzu mitgeteilt, daß in Regierungskreisen von derartigen Absichten nichts bekannt ist.

Hausdurchsuchungen bei Kommunisten.

Sonneberg (Thüringen), 19. Nov. Auf mehreren Kraftwagen traf am Donnerstag Landespolizei in Sonneberg ein. Im Zusammenwirken mit der Sonneberger Polizei wurden bei allen als kommunistische Führer bekannten Personen Hausdurchsuchungen nach Waffen und verbotenen Druckschriften vorgenommen. Eine große Anzahl von Druckschriften wurde beschlagnahmt.

Telephonische Unterredung zwischen Mussolini und Grandi.

Washington, 20. Nov. Der italienische Außenminister Grandi hatte am Donnerstag mit Mussolini eine telephonische Unterredung, in der Mussolini die bisherigen Ergebnisse der Besprechungen mit Präsident Hoover als überaus zufriedenstellend bezeichnete.

Der „Times“-Korrespondent in Washington meldet: Anscheinend ist der italienische Außenminister Grandi nicht in der Lage gewesen, bei seiner Konferenz mit Hoover und Stimson irgendwas zu sagen oder zu unternehmen, was die schwebenden Hoffnungen auf einen Erfolg bei der Abrüstungskonferenz wieder beleben könnte. Wahrscheinlich ist die Möglichkeit eines Mittelmeer-Flotten-Paktes und die Rolle, die Artikel 19 der Völkerbundssatzung (Revision von Verträgen) spielen könnte, erörtert worden.

„Schiedungen“ bei Verteilung der Volksschulgelder.

Berlin, 20. November.

Im Rechnungsausschuss des preussischen Landtages ent-

Aus der Heimat

Freitag, den 20. November 1931

Heimliche Beobachter.

Wenn wir in der Bahn fahren oder uns dort aufhalten, wo viele fremde Menschen gleichzeitig zusammen kommen, dann haben wir Gelegenheit, allerlei Beobachtungen anzustellen. Das muß natürlich heimlich geschehen — denn man will doch nicht unhöflich erscheinen und sich den Zorn der Anderen zuziehen — und wenn man Glück hat, kommt man als heimlicher Beobachter sogar auf seine Kosten! An sich ja belanglosigkeiten, die uns nichts angehen, aber diese Belanglosigkeiten helfen uns die Zeit verkürzen und manchmal lassen sie Schlüsse auf die Objekte unserer Beobachtung zu. Da liegt zum Beispiel ein Mann in der Bahn, ab und zu greift er in seine Rocktasche, holt ein Paket heraus und schaut genießerisch hinein. Der Mann will unbedingt essen, das merkt man — aber er traut sich nicht. Schließlich überwindet er doch alle Scheu, entkorkt das Paket, zückt ein Taschmesser und geht mit diesem spitzen Instrument unbarmherzig auf ein großes Stück Landebeerwurst los. Er führt nicht nur die Wurst in den Mund, sondern gleichfalls das spitze Messer. Gott möge ihn beschützen, daß keine Kurve kommt! — denkt man bei sich, aber da wird die Aufmerksamkeit schon auf ein anderes Objekt gelenkt, sei es auf jene Dame, die nach unserer Meinung einen viel zu kurzen Rock an hat, sei es auf einen Herrn, der mitten in der Bahn seine Post fertig macht und mindestens das zehnte Ruwert mit der Zunge beleckt. Das alles haben wir als heimliche Beobachter Gelegenheit festzustellen. Bei uns denken wir, daß wir doch eigentlich Menschen mit einer „ungeheuren“ Beobachtungsgabe sind, die für die nebenbei stattfindenden Ereignisse ein Auge haben. Aber was wir vergessen ist das eine: Auch andere Menschen sind gute, heimliche Beobachter. Und so, wie wir andere beobachten und unseren Spaß daran haben, so haben andere Leute ihren Spaß daran, wenn sie uns beobachten!

— * Kriegesopfer gedenken der Toten. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserbhinterbliebenen veranstaltet am kommenden Totensonntag, nachmittags 2 Uhr im Plenarsaal des Reichstages eine Gedächtnisfeier für die Toten des Weltkrieges. Die Gedenkrede des Bundesvorsitzenden Pfänder wird umrahmt von Rezitationen, die von den Mitgliedern des Staatschreiters Maria Schanda und Heinrich Witte vorgetragen werden, von Gesangsvorträgen der „Eppograpia“ des Gesangsvereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer und musikalische Darbietungen des Doppelquartetts Gebrüder Steiner, die Werke von Beethoven, Brahms und Schumann darbieten werden. Das Programm wird von den Rundfunksendern Berlin, Königsberg, Magdeburg, Stettin, Leipzig, Mühlacker und vom Westdeutschen Rundfunk übertragen. Der Herr Reichspräsident, die Mitglieder des Reichstages, die Fraktionen des Deutschen Reichstages und die Behörden der Reichshauptstadt, sowie viele Spitzenorganisationen sind zu der Feier eingeladen.

Wetterausblick für Samstag: Fortdauer der im ganzen trockenen Witterung mit Nachtfrostgefahr.

Laasphe:

* Vor den Schranken des Gerichts. In der gestrigen Strafsitzung des hiesigen Amtsgerichts hatte sich als erster der Viehhändler Sall G. von hier zu verantworten. Die Anklage legt ihm zur Last, am 26. Mai d. J. ein etwa 8—14 Tage altes Kalb von Niederlaasphe bis Laasphe hinter seinem Fahrrad, auf dem er fuhr, gewaltsam hergezogen und dadurch in roher Weise mißhandelt zu haben. Der Angeklagte bestreitet jede grobe Mißhandlung und will durch das schnelle Laufen des Kalbes gezwungen worden sein, das Fahrrad zu besteigen. Demgegenüber erklären die eidlichen Aussagen des Zeugen Reinhard Sch. aus Niederlaasphe, daß das Kalb sich aufgebäumt und einen erstickenden Laut von sich gegeben habe. Seiner wiederholten Aufforderung, abzuspringen, sei der Angeklagte nicht nachgekommen. In seinem eidlichen fachmännischen Gutachten bestätigt Herr Tierarzt Dr. Hermann, daß das Kalb in grober Weise mißhandelt worden sei, von einer direkten Tierquälerei könne aber wohl kaum die Rede sein. Das Gericht hält auf Grund der Beweisaufnahme einen stichhaltigen Beweis weder für Tierquälerei noch für grobe Mißhandlung im Sinne des Gesetzesparagrafen nicht für erbracht und erkennt auf Freispruch. Die Kosten trägt die Staatskasse. — Der Maurer Heinrich B. aus Oberndorf hatte am 21. Juli von der Polizeibehörde Laasphe einen Strafbefehl wegen Beteiligung an einer Schlägerei und wegen Verursachung ruhestörender Lärms am Bahnhof Laasphe erhalten, gegen den er Einspruch erhoben hatte. In seiner Begründung gibt er an, an der Schlägerei und der Ruhestörung gänzlich unbeteiligt gewesen zu sein; er sei aber auf der Bank vor dem Bahnhof sitzend verlegt worden. Die vernommenen Zeugen, welche die Schlägerei mitangesehen haben, können nicht mit Bestimmtheit ausagen, ob der Beschuldigte an dem Vorgang beteiligt gewesen ist. Wegen Mangel an Beweisen erkennt das Gericht auf Freispruch.

* Fischereiverpachtung. Gestern fand im Wittensteiner Hof hierseits die Verpachtung der Fischereiberechtigung folgender Flüsse. Gewässer statt: Puderbach 120 Mk.: Prof. Baur, Marburg; Lahn (oberer Teil) 55 Mk.: Paul Schreiber, Niederlaasphe; Lahn (unterer Teil) 47 Mk.: Obergerichtsvollzieher i. R. Klappert; Dreienbach 52 Mk.: Lehrer Pex, Herberthausen. Ob der Zuschlag für die beiden Lahnenteile erteilt werden wird, steht noch dahin.

widerte sich bei Prüfung der Volksschullastenverteilung eine Debatte über die Vereinfachung der Volksschullasten-Gesetzgebung. Der Vizepräsident der Oberrechnungskammer bemerkte, es habe sich wiederum gezeigt, daß die sehr komplizierte Berechnung der Staatsbeiträge wegen der berühmten Schätzerei von 60 zu den größten Schwierigkeiten führte. Die Oberrechnungskammer habe festgestellt, daß in großem Umfang die unglaublichen Schiedungen vorgekommen seien: Man habe z. B. häufig in den letzten Tagen des Jahres einige Schüler geborgt, um am 1. Februar eine Schülerzahl von über 60 angeben zu können, während kurz darauf die geborgten Schüler wieder ausgekreten seien.

** Banke. Mit dem Ende dieses Jahres wird die fürstliche Oberförsterei Banke eingehen. Der Bezirk der Oberförsterei Banke wird durch diese anderweitige Einteilung den beiden Oberförstereien Laasphe und Landmannshausen zugeteilt werden. Die Maßnahmen werden aus Erparnisgründen getroffen.

Arbeitslosenhilfe im Winter 1931-32.

Von den Arbeitsämtern werden im Laufe des Winters überall, teils in eigener Regie, teils zusammen mit den Fachschulen (Handels-, Gewerbe- und Fortbildungsschulen), Volkshochschulen und Verbänden berufliche Fortbildungslehrgänge für Arbeitslose durchgeführt, die den Zweck haben, die beruflichen Kenntnisse und Fähigkeiten der Arbeitslosen zu erhalten und zu steigern. Die Mittel hierfür werden von der Reichsanstalt aufgebracht. Vorgelesen sind Kurse für gelernte, angelernte und ungelernte Arbeitslose aus den gewerblichen Berufen, sowie für kaufmännische und technische Angestellte. Für weibliche Arbeitslose werden auch hauswirtschaftliche Lehrgänge veranstaltet. Die Kurse sollen vorwiegend Jugendlichen zugute kommen.

Die Art und die Trägerhaft der Veranstaltungen richten sich nach den örtlichen Verhältnissen. Zur Durchführung werden weitgehend Unterrichtsräume und Werkstätten benötigt. Die Einrichtung bzw. Förderung von Internatskursen für Teilnehmer aus mehreren Arbeitsamtsbezirken, sowie von Umschulungsmahnahmen für die Landwirtschaft hat sich das Landesarbeitsamt vorbehalten. Das Landesarbeitsamt bezeichnet es als erwünscht, die beruflichen Fortbildungslehrgänge durch Lehrgänge allgemeiner Art (Staatsbürgerkunde, Lebenskunde, Hygiene, Rechnen, Deutsch usw.) und durch Leibesübungen zu ergänzen. Da die Arbeitsämter die Kosten hierfür nur in beschränktem Umfang übernehmen können, muß versucht werden, sie anderweitig zu decken oder freiwillige Kräfte zu gewinnen. Die Arbeitsämter können Arbeitslose zum Zwecke der beruflichen Fortbildung in berufliche Lehrgänge, die von dritter Seite veranstaltet werden (Fachschulen, Landesgewerksämter, Volkshochschulen usw.), unter Übernahme des Kursgeldes einweisen, falls dies gerechtfertigt und vertretbar ist.

Mahnahmen, die der allgemeinen geistigen oder körperlichen Erhaltung dienen (Freizeiten, Kurse aller Art, Arbeitsgemeinschaften, Vorlesungen, Vorträge, Leibesübungen usw.), können von den Arbeitsämtern zwar nicht finanziell, wohl aber dadurch gefördert werden, daß den Arbeitslosen auch während der Teilnahme die Arbeitslosen- oder Arbeitslosenunterstützung weitergewährt wird; die Arbeitsämter werden zu diesem Zweck die geeigneten Mahnahmen möglichst entgegenkommend handhaben. Politische Mahnahmen müssen von der Förderung in jedem Fall ausgeschlossen werden. Daneben sollte die Teilnahme der Arbeitslosen an kulturellen Leben des Volkes nicht vernachlässigt und ihnen der Besuch von künstlerischen Veranstaltungen, Konzerten, Theateraufführungen und dergl. ermöglicht werden. Jeder Arbeitslose soll in die Lage versetzt werden, seine Menschenwürde zu wahren. Einer besonderen Pflege bedarf die Ausbildung der arbeitslosen Mädchen und Frauen in hauswirtschaftlichen Dingen. Für die Frauenverbände erschließt sich hier eine mannigfache Möglichkeit der Betätigung durch Einrichtung von Lehrgängen in der einfachen Haushaltsführung (Kochen, Nähen, Bügeln, Säuglingspflege usw.).

Was die Zusammenarbeit der Arbeitsämter mit den Organen der freien Wohlfahrtspflege betrifft, so werden die Mahnahmen der Not- und Winterhilfe besonders wertvoll und wichtig sein, wenn sie den Gedanken der Gemeinschaft besonders betonen und praktisch fördern. Zu diesem Zweck werden die Arbeitslosen selbst zur unmittelbaren Mitarbeit herangezogen sein; die ehrenamtliche Arbeit kann dann zurückerhalten. Die Arbeitsämter werden diese Mitarbeit, soweit ein freies Arbeitsverhältnis nicht erzielbar ist, gerne ermöglichen, sei es — bei vorübergehenden Mahnahmen von kurzer Dauer — durch Erleichterungen von der Kontrollmeldung, sei es durch Zuteilung von Pflichtarbeit oder durch Einrichtung eines freiwilligen Arbeitsdienstes. In dieser Weise wird es möglich sein, Sammlungen aller Art, öffentliche Speisungen, gemeinnützige Nähtuben und ähnliche Einrichtungen zu fördern. Sodann werden die Arbeitsämter mit den Einrichtungen der öffentlichen Fürsorge und der freiwilligen Wohlfahrtspflege besonders eng zusammenarbeiten, um auch eine zweckmäßige geistige und seelische Betreuung der Arbeitslosen in Verbindung mit der sachgemäßen materiellen Versorgung oder neben ihr zu erzielen.

Aus Nah und Fern.

— Viedentopf. Die Frage der Erhaltung des Gymnasiums wird in der letzten Zeit immer mehr in der Öffentlichkeit erörtert, um so mehr, als gerade auf kulturellem Gebiete auch bei anderen Anstalten sehr gespart wird. Die Stadt Viedentopf hat seit der Schule wesentliche Zuschüsse geben müssen. Im Jahre 1930 wurden 50 000 Mk. aufgebracht. Die Zahl der Schüler beträgt zurzeit etwa 200, darunter sind die meisten Schüler von den Landgemeinden. Der Kreistag des Kreises Viedentopf hatte seinerzeit eine Hilfe abgelehnt. In Erkenntnis dessen, daß die Zuschüsse leisten kann, hat der Magistrat der Schulbehörde einen neuen Vertrag vorgelegt, der eine Minderung des bisherigen Verhältnisses anstrebt.

— Dreisbach (Kreis Viedentopf). Dreiste Diebe. In dem Hühnerstall des hiesigen Pfarrers wurde eingebrochen und alle Hühner bis auf eins mitgenommen. Das einzige Andenken, das die Diebe zurückließen, war eine Inschrift, die am nächsten Morgen an der Tür prangte: „Bist du Gottes Diener, dann brauchst Du keine Hühner. Eins zurückgestellt fürs nächste Jahr.“

— Marburg. Eine Greisin verbrannt. Einen schrecklichen Tod erlitt die 84jährige, im Hause Wöhrstr. 15 wohnhafte alleinlebende Anna Kleinmisch. Zwei in diesem Hause wohnende Studenten, die gegen Mitternacht nach Hause kamen, bemerkten in der Wohnung der Greisin Feuer. Als sie die Vordrüse gewaltsam öffneten, fanden sie die Frau Kleinmisch in Flammen gehüllt vor. Trotzdem sie die Flammen sofort erstickten, starb die Greisin schon nach wenigen Stunden an den erlittenen Brandverletzungen. Man nimmt an, daß die Nachbarn der Greisin in Brand gerieten, als sie mit einer Kerze das Zimmer ableuchtete.

— Marburg. Heinrich Naumann 75 Jahre. Am 20. November wird der Bauernschiffkeller Heinrich Naumann auf dem Simmshof in Nanzhausen (Kreis

...die Gürtel-
...der Ober-
...Einteilung den
...umhauen zu-
...aus. Ersparnis-

1931-32.

...des Winters
...men mit den
...ildungsschulen),
...rbeitslosen
...werden von
...nd Kurse für
...lose aus den
...und technische
...auch hauswirts-
...allen vorwie-

...kungen richten
...führung wer-
...tten benötigt.
...atsfragen für
...n, sowie von
...hat sich das
...beitsamt be-
...rbeitslosen
...Staatsbürger-
...sch usw.) und
...beitsämter die
...übernehmen
...zu beden oder
...ämter können
...ildung in be-
...alteten werden
...alen usw.), un-
...s dies gerech-

...oder Körper-
...ller Art, Ar-
...eibesübungen
...icht finanziell,
...r Arbeitslosen
...der Arbeits-
...ämter werden
...ften möglichst
...ahmen müssen
...werden. Dar-
...n kulturellen
...en der Besuch
...Theaterauf-
...r Arbeitslose
...enwürde zu
...usbildung der
...wirtschaftlichen
...ich hier eine
...Einrichtung
...hrung (Ko-

...ter mit den
...o werden die
...ers wertvoll
...Gemeinschaft
...diesem Zweck
...en Mitarbeit
...um dann zu-
...arbeit, soweit
...gerne ermög-
...en von kurzer
...trollmelbung,
...durch Einrich-
...dieser Weise
...t, öffentliche
...liche Einrich-
...sämter mit
...der frei-
...innenarbeiten,
...betreuung der
...materiellen

...tung des
...mehr in der
...abe auf ful-
...ehr geistig
...hule wesent-
...urden 50 000
...t zurzeit et-
...n den Land-
...enköpf hatte
...ffen, daß die
...abe die Zu-
...ehörde einen
...s feierlichen

...ste Diebe.
...eingebrochen
...Das einzige
...ne Inzucht,
...st du Gottes
...zurückgestellt

...nt. Einen
...Wirtsh. 13
...ei in diesem
...ernacht nach
...ein Feuer-
...eten, fanden
...r. Trotzdem
...n schon nach
...ngen. Man
...Brand ge-
...schlehte.

...5 Jahre.
...er Heinrich
...en (Kreis

Marburg) 75 Jahre alt. In weiten Kreisen, insbesondere in seiner Heimat Kurhessen, ist er durch seine Bücher: „Du Heimatstern“, „Du mein süßes Tal“, „Wie das Dorf den Krieg erlebte“, „Wie ich Soldat war“ u. a. m. bekannt geworden. Naumann ist aber nicht nur ein beliebter Schriftsteller, sondern auch ein begehrteter Redner. Gern überläßt man ihm selbst die Kanzel in evangelischen Gottesdiensten, bei Missionsfesten und anderen festlichen Anlässen. Diese Vortragstätigkeit hat ihn schon weit über die engeren Grenzen seiner Heimat hinausgeführt. Auch als Landwirt ist Heinrich Naumann stets emsig tätig gewesen und seinem Heimatdackel treu geblieben.

— **Arnsberg.** Wie der Dortmunder Zeitung von besonderer Seite mitgeteilt wird, ist es bei der Regierung in Arnsberg zu einer Unterschlagung größten Stils gekommen. Ein Regierungsobersekretär, der das besondere Vertrauen seiner Vorgesetzten genossen haben soll, verstand es, die Riesensumme von 300 000 RM. an sich zu bringen und mit dem Gelde zu flüchten. Man nimmt an, daß der Obersekretär, über dessen Personalien noch nichts in Erfahrung zu bringen war, unter falschem Namen reist.

— **Spartakasse um eine halbe Million geschädigt.** In einer außerordentlichen Generalversammlung in Aken (Westfalen) wurden nunmehr Einzelheiten über die Verluste der Vorheller Spar- und Darlehenskasse bekannt, von denen schon gerüchtweise die Rede war. Danach ist die Kasse in der Hauptsache durch unverantwortliche Kreditgewährung des Vorstandes und Aufsichtsrates um etwa eine halbe Million geschädigt worden. Vorstand und Aufsichtsrat sind von ihren Posten zurückgetreten.

— **Maskierte Raubüberfall.** Kurz vor Geschäftsschluß erschienen im Büro der Internationalen Schiffs- und Transportgesellschaft Schenker u. Co., am Südhafen in Duisburg zwei maskierte Männer. Unter Vorhalten einer Schusswaffe entnahmen sie dem Geldschrank 180 Mark. Als der Geschäftsführer die Männer an dem Raub hindern wollte, feuerten sie auf ihn. Die Kugel prallte an einer Dose des linken Schuhs ab und durchschlug die Sohle des rechten Fußes. Nach Abgabe weiterer Schüsse ergrieffen die Täter auf Fahrern die Flucht und entkamen.

— **Gefährliches Kommen.** Der Kommunist Weig, der in dem dringenden Verdacht stand, am Abend des 10. November bei dem gemeldeten blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Neumünster den SA-Mann Mariens erschossen und zwei weitere Nationalsozialisten schwer verletzt zu haben, hat nunmehr ein umfassendes Geständnis abgelegt und die Tat zugegeben.

— **Furchtbare Bluttat wegen der Erbschaft.** Ein in Koblenz-Lübel bei seinem Bruder und seiner Mutter wohnender Kraftfahrer tötete seinen Bruder durch einen Kopfschuß. Dann schloß er seine Mutter in den Mund und verletzte seine Schwägerin durch einen Schuß, der Wirbelsäule, Lunge und Herz traf, lebensgefährlich. Der Täter brachte sich selbst einen lebensgefährlichen Kopfschuß bei. In der Familie bestanden Erbschaftsstreitigkeiten.

— **Steuerloses Lastauto.** Auf einer steil abfallenden Straße bei Frohnau im Saargebiet ereignete sich ein schweres Kraftwagenunglück. Der Führer eines mit 140 Zentner Getreide beladenen Lastwagens verlor die Gewalt über das Fahrzeug. Der Wagen fuhr steuerlos die Straße hinab. Zwei Personen wurden getötet. Der Führer und seine beiden Begleiter erlitten schwere Verletzungen.

— **Für die Kirchweih zu alt.** Einem Einwohner in Thüngen (Franken) fehlte eine Gans im Stall. Man suchte überall, aber ohne Erfolg. Am nächsten Tag war das Tier plötzlich wieder da. Um den Hals hatte es einen Zettel hingehängt: „Für die Kirchweih zu alt!“

— **Hochverratssproß.** Vor dem Reichsgericht in Leipzig begann der schon seit Jahren schwebende Prozeß gegen den Herausgeber der „Weltbühne“, Carl v. Ossietzky, und den Schriftsteller Walter Kreiser, denen wegen einer Veröffentlichung über den deutschen Luftfahrt-Etat Landesverrat und militärische Spionage vorgeworfen werden. Die Verhandlung findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt.

— **Reichsdeutsche Nationalsozialisten in Österreich unerwünscht.** In einer Innsbrucker nationalsozialistischen Versammlung sollten am 20. November Dr. Frid und Prinz August Wilhelm sprechen. Die Tiroler Landesregierung hat die Innsbrucker Ortsgruppe der Nationalsozialisten verständigt, daß die Einreise der nationalsozialistischen Redner aus dem Reich nach Tirol unerwünscht sei und gegebenenfalls ein Reiseverbot verlangt werden würde.

— **Schwerer Eisenbahnunfall in der Station Eger.** In der Station Eger stieß eine in das Heizhaus einfahrende Schnellzuglokomotive rückwärts auf einen zur Abfahrt bereitstehenden Personenzug der Strecke Eger-Karlsbad. Dadurch entgleisten die zwei letzten Wagen, und der dritte Wagen von hinten wurde beschädigt. 16 Reisende wurden leicht, vier Reisende schwer verletzt.

— **Taucher in Goldschiff eingedrungen.** Den Tauchern, die seit Monaten versuchen, in die Goldkammer des auf der Höhe von Brest untergegangenen Dampfers „Egypt“ einzudringen, ist es jetzt gelungen, eine große Bresche in die Stahlkammer zu schlagen, in der sich der Goldschatz — etwa 20 Millionen Mark — befindet, mit dessen Hebung nun unverzüglich begonnen werden wird.

— **Mit zwei Kindern in den Tod.** Der Direktor des vorgeschichtlichen Museums in Panmaré, Benard le Pontois, der erst kürzlich im Auftrage der französischen Regierung eine Studienreise in die Sahara unternommen hat, hat sich und seine beiden zwölf- und achtsjährigen Kinder in seiner Wohnung vergiftet. Man vermutet, daß ihn Geldsorgen zu dieser Verzweiflungstat trieben.

— **34 Millionen Drachmen veruntrent.** In der Bürgermeisterei von Piräus (Griechenland) wurde eine große Unterschlagung aufgedeckt. Die Untersuchung ergab bisher, daß 34 Millionen Drachmen (etwa 2 Millionen Mark) veruntrent worden sind. Die Verhaftung des Bürgermeisters und von drei Kassierern war die Folge.

— **Fortdauer der jüdenfeindlichen Ausschreitungen in Polen.** Die jüdenfeindliche Bewegung in Polen hält an. Es kam zu antisemitischen Kundgebungen in Czestochau, wo in jüdischen Geschäften die Schaufenster eingeschlagen wurden. In polnisch Tschernom es gleichfalls zu schweren Ausschreitungen. In den Nachmittagsstunden sammelten sich Studenten vor den jüdischen Geschäften, um jeden Einkauf zu verhindern. Am Abend wurden mehrere jüdische Geschäfte beschädigt und die Schaufenster eingeschlagen. Polizei trieb mit aufgeflossenen Bajonetten die Demonstranten auseinander. In Rembertow bei Warschau wurden jüdische Passanten überfallen und ebenfalls in jüdischen Geschäften Scheiben eingeworfen. In Warschau wurden in den Straßen Flugblätter einer jüdenfeindlichen Liga „Zum grünen Band“ verteilt. In diesen Flugzetteln werden die Polen aufgefordert, bei den Juden nichts zu kaufen, keine gesellschaftlichen Beziehungen mit den Juden zu unterhalten und für den numerus clausus an den Hochschulen zu kämpfen. Bei den letzten Kundgebungen trugen zahlreiche polnische Nationalisten ein grünes Bandchen im Knopfloch.

— **Die Bibel in der Zigeunersprache.** Zu den 180 lebenden Sprachen, in die das Neue Testament bereits übersetzt worden ist, kommt jetzt als letzte auch die Zigeunersprache hinzu. Von dem in Riga ansässigen Zigeuner-Organisator Leimanis ist jetzt ein Kulturverband für die Bildung der Zigeuner ins Leben gerufen worden, der auch eine Bibliothek in der Zigeunersprache herausgeben wird. Als erstes Buch ist die Übersetzung des Neuen Testaments vorgesehen.

— **Seit wann „fliegen“ wir uns?**

In welchem Volke das Siegen zuerst gang und gäbe wurde, darüber liegen keine genauen Nachrichten vor. Allem Anschein nach gebührt Rom die zweifelhafteste Ehre, das Siegen, vielmehr das Jhrzen, aufgebracht zu haben. Denn von Julius Cäsar weiß man, daß dieser im Pluralis majestatis angesprochen wurde, und daß dieser die deutschen Stämme, denen er große Achtung entgegenbrachte, zum Beweis seiner Verehrung gleichfalls mit „Ihr“ anredete. Während des ganzen Mittelalters hindurch war das Jhrzen allgemein. Erst um die Mitte des 18. Jahrhunderts kam die Sitte des Siegen im Plural unter den Gebildeten auf.



Ein neues Dressurwunder: Der Taubstummenhund.

Zum ersten Male ist es gelungen, einen Hund als Helfer für Taubstumme abzurichten, nachdem man bisher nur Blindenhunde dressieren konnte. Der Deutsche Schäferhund-Verband führte eine Hündin vor, die man gelehrt hat, auf bloße Sichtzeichen zu gehorchen. U. B. 3. Auf bloßes Zeigen mit der Hand legt sich der Hund.

Riesenfliegenfallen gegen Kinderpest.

Die Tsetsefliege, die Verbreiterin der Kinderpest, macht noch heute trotz aller gegen sie unternommenen Schritte in weiten Strichen Südafrikas das Gatten von Haustieren unmöglich. Verschiedentlich ist von Farmern versucht worden, die Kinder durch regelrechte imprägnierte Anzüge, die nur Maul und Augen freilegen, zu schützen, doch derartige Vorsichtsmaßnahmen müssen sich der großen Kosten wegen auf besonders wertvolle Tiere beschränken. Nun ist kürzlich mit Unterstützung der südafrikanischen Regierung ein neuer Feldzug gegen die Tsetsefliege mit originellen Mitteln unternommen worden. Ein englischer Entomologe namens Harris stellte dank längerer Beobachtungen fest, daß die Tsetsefliege sich lediglich durch den Gesichtssinn leiten läßt und sich mit Vorliebe am hellen Bauch der Kinder festsetzt. Harris ließ nun aus Holz und Stoff eine Attrappe herstellen, die einer Kuh einigermaßen ähnlich sah, wenn sie auch nicht als künstlerisch vollendet bezeichnet werden konnte. Die Bauchhülle bestand aus Gaze, ebenso war im Rücken ein Stück durchsichtigen Stoffes eingefügt. Die Fliegen sollten durch die Gaze an der Bauchseite in das hohle Innere der Attrappe eindringen, wobei das durch den Rücken einfallende Licht als Lockung gedacht war. Der Weg zum Inneren der Attrappe führte durch einen trichterförmigen Gang, der sich derartig berengte, daß die Tsetsefliege, die ihn einmal verlassen hatte und in den Hohlraum eingedrungen war, den Ausgang nicht wieder fand und gefangen saß. Achtzehn dieser Attrappen wurden auf einer Weide aufgestellt. Am Abend fand in Gegenwart eines Regierungsvertreters die Zählung der gefangenen Fliegen statt, nachdem die Tiere vorher durch Gas getötet worden waren. Durchschnittlich wurden in jeder „Kuh“ 1400 Fliegen gezählt, darunter 900 Weibchen. Die Regierung war von diesem Ergebnis befriedigt, und in nächster Zeit sollen die Attrappen zu Tausenden an die Farmer geliefert werden, weil man sich von ihnen eine wesentliche Hilfe im Kampf gegen die Seuche verspricht. Der Schaden, der Afrika — vornehmlich dem Süden — aus dem Stich der Tsetsefliege erwächst, geht jährlich in Tausenden von Millionen. Es erscheint deshalb ganz natürlich, wenn die Südafrikanische Regierung die Ausgabe nicht scheut, umso mehr als der Erfinder dieser Fliegenfalle dafür haften will, daß jede seiner „Kühe“ mindestens anderthalb Jahre lang arbeitet, ohne Reparaturen zu beanspruchen.

Umtliches.

Am 1. Dezember findet im ganzen Reich die jährliche Viehzählung statt. Sie erstreckt sich auf Pferde (ohne Militärpferde), Maultiere, Maulesel und Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Ferkel und Bienenstöcke.

Die Großstädte mit 100 000 und mehr Einwohnern sind von der Durchführung der Zählung befreit; es ist aber die Zahl der Tiere festzustellen, die am Zähltag auf den Schlacht- und Viehmärkten vorhanden sind.

Die Zählung ist sowohl für die Landwirtschaft als auch für agrar- und ernährungspolitische Maßnahmen der Regierung von großer Bedeutung. Die in den Zählbezirklisten aufgenommenen Angaben über den Viehbestand dürfen nicht für Zwecke der Steuerveranlagung verwendet werden. Ueber diese Angaben wird das Amtsgeheimnis gewahrt. Ihre Verwendung für die Aufbringung der Viehsteuerentlastung ist jedoch zulässig, weil diese nicht als Steuerveranlagung gilt.

Wer vorsätzlich eine Anzeige, zu der er auf Grund der Verordnung des Bundesrats vom 17. Januar 1917 oder der nach § 2 erlassenen Bestimmungen aufgefordert wird, nicht erstattet, oder offensichtlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 RM. bestraft, auch kann Vieh, dessen Vorhandensein verschwiegen worden ist, im Urteil „für dem Staat verfallen“ erklärt werden.

Die Zählung wird gemeindeweise und innerhalb der Gemeinde nach Zählbezirken durch Zähler erfolgen. Das Amt des Zählers ist ein Ehrenamt.

Arnsberg, den 4. November 1931.

Der Regierungs-Präsident.

Veröffentlicht.

Berleburg, den 17. November 1931.

Der Landrat. J. D. Martin.

Geschäftliches.

Eine Frau, von der man spricht . . .

„Sie ist verschwenderisch und eitel“, sagen die Freundinnen, die bei ihr zum Kaffee eingeladen werden, ihren Kuchen probieren und ihre Kleider bewundern dürfen. „Bei ihr kann man zu nichts kommen“, sagt die Hausgehilfin, „sie verlangt den Kassenzettel von jedem Einkauf und rechnet auf den Pfennig mit mir ab“. „Sie ist eine angenehme Kundin“, sagt der Kaufmann, „denn sie verlangt nur das Beste, und wenn sie kommt, weiß sie sofort was sie will. Nichts anderes darf es sein, als nur . . .“

„Sie ist eine tollendete Frau“, sagt ihr Mann. „Sie ist sparsam und geschäftig, sie näht sich alles selbst, führt tadellos ihr Haushaltsbuch und kommt mit dem Wirtschaftsgeld gut aus! Sie kocht wundervoll und baden kann sie — in ihrem Wirtschaftsbuch habe ich des Rätsels Lösung gefunden: sie nimmt nur Canella!“

Mit dieser herrlich schmeckenden, nahrhaften Margarine muß ja auch jedes Gericht gelingen. Canella ist nicht nur unerreicht an Güte, sondern auch so preiswert, daß sie sich freilich im Sturm die Gunst aller Hausfrauen erobern konnte.



Die Qualität zur Frische sprach:
"Beh du voran, ich komme nach!"
"Nein!" rief die Frische, "wir erstarken
nur fest vereint in SALEM Marken!"

SALEM Zigaretten sind Qualitätsmarken
in Form aller Vorbildung.

